



19. Wahlperiode

HESSISCHER LANDTAG

Drucksache 19/

3307

20.04.16 (Ka.)

PK

(LWA)

**Dringlicher
Antrag
der Fraktion DIE LINKE**

betreffend Handels- und Investitionsschutz-Abkommen CETA im Bundesrat und Bundestag ablehnen


Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag lehnt Sonderrechte und eine Paralleljustiz zum Schutz von global operierenden Konzernen und Investoren in Handelsabkommen ab. Bestimmungen zum Investitionsschutz einschließlich Investor-Staat-Schiedsverfahren in Abkommen mit OECD-Staaten sind aufgrund der dort bestehenden Rechtsschutzmöglichkeiten grundsätzlich nicht erforderlich. (s. Hessische Staatskanzlei 2015: Europapolitische Strategie der Hessischen Landesregierung, S. 18)
2. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Bund und auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass das Handelsabkommen mit Kanada (*Comprehensive Economic and Trade Agreement*; CETA) allen Mitgliedsstaaten zur Abstimmung vorgelegt werden muss (gemischtes Verfahren). Ein „EU-only-Abkommen“ ohne die Zustimmungspflicht der EU-Mitgliedsstaaten oder ein vorläufiges Inkrafttreten, auch nur von Teilen des Handelsabkommens ohne die Zustimmung der Mitgliedsstaaten, lehnt der Hessische Landtag ab.
3. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass das Handelsabkommen CETA, welches auch Belange der Bundesländer betrifft, im Bundesrat behandelt werden muss.
4. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, das Handelsabkommen CETA im Bundesrat abzulehnen sowie im Bundestag für eine Ablehnung zu werben.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, den 20.04.2016


Die Fraktionsvorsitzende
Janine Wissler


Der Fraktionsvorsitzende
Willi van Ooyen